

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



93/Juni 2006

Inhalt

Thema: DF-Kampagne „Abpiff“

Abpiff für Zwangsprostitution	Seite 5
Aktion kath. Frauenverbände	Seite 6
Gemeinsames Handeln	Seite 7
Rückenwind aus Europa	Seite 8

Berlin

Neue Ausstellung	Seite 9
Frauen-Nacht-Café	Seite 9
BIG-Präventionsprojekt	Seite 9
30 Jahre „Courage“	Seite 9

LFR Aktuell

Seminar mit der Ev. Akademie	Seite 10
Wahlforum 2006	Seite 10

Frauenpolitik national

Fördergesetz überfällig	Seite 11
Mammografie-Aufklärung	Seite 11

Aus den Parlamenten

Gewaltschutzgesetz in Berlin	Seite 12
7. Familienbericht	Seite 12
Gleichbehandlungsgesetz	Seite 13
Unterhaltsrecht	Seite 13

Verbände auf einen Blick

20 Jahre Frauenbeauftragte	Seite 14
Afrika-Seminar	Seite 16
110 Jahre Frau und Kultur	Seite 16
AsF-Empfang	Seite 16
Künast beim DJB	Seite 16
DF zum Elterngeld	Seite 17
Besuch der Weltpräsidentin	Seite 17

Rubriken

Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 2
Neues aus dem UCW	Seite 18
Aufgespießt	Seite 19
Termine	Seite 20

Liebe Leserinnen,

verblüfft, wie schnell die Zeit vergeht, blicke ich jetzt auf beinahe ein Jahr als Vorsitzende des LFR Berlin zurück. Was hat sich alles ereignet, seit Sie mir dieses Amt übertragen haben?

Die Geschäftsstelle des LFR ist in neue und – wie ich finde – sehr schöne Räume gezogen, die zudem sehr günstig zwischen den U-Bahnhöfen Blissestraße und Fehrbelliner Platz liegen. Als LFR fühlen wir uns im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum (UCW) zwischen den vielen engagierten Frauen sehr wohl. Die Verlegung seines Sitzes verdankt der LFR übrigens seiner „alten“ Geschäftsführerin Friederike Galland, die die Umzugsmodalitäten erfolgreich verhandelt und es auf sich genommen hat, einige Monate auf einer Baustelle zu verbringen. Anerkennung und Dank des LFR-Vorstandes sind ihr dafür gewiss, auch wenn sich die Wege jetzt getrennt haben.

Seit März 2006 „regiert“ nun Sabine Röhrbein in der Geschäftsstelle und ihre erste Großtat ist das neue Outfit unserer Informationsschrift „Wir Berlinerinnen“, das bereits auf der ersten Seite ins Auge sticht und bei der Lektüre noch augen- und sinnfälliger wird. Vielen Dank, liebe Frau Röhrbein! Ein solcher Relaunch macht sich keinesfalls von selbst. Wir sind übrigens sehr gespannt, wie Sie, unsere Leserinnen und Leser, die neue „Wir Berlinerinnen“ finden.

Da ich gerade dabei bin, mich im Namen des Vorstandes zu bedanken: Besonderer Dank gilt Senator Harald Wolf und Staatssekretärin Susanne Ahlers sowie in der Senatsverwaltung Gabriele Köpke. Wir haben gerade in den vergangenen zwölf Monaten große Unterstützung erfahren. Inzwischen sind wir EDV- und telekommunikationsmäßig up to date, wobei an der Website noch gearbeitet wird. Das wäre ohne die Senatsverwaltung nicht möglich gewesen. Wir fühlen uns als LFR wirklich gewertschätzt und wollen das durch gute Arbeit zurückgeben.

Bleiben auch Sie dem LFR Berlin gewogen und drücken Sie unserer (Männer-)Fußballnationalmannschaft die Daumen! Ihre Vorsitzende befindet sich bereits im Fußballfieber...

Herzlichst Ihre

+++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++

Barbara Faccani und Juliane von Friesen waren bei der **Mitglieder-versammlung des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V.** Mitte Februar in Potsdam zu Gast. Höhepunkt war die Rede der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Dagmar Ziegler (SPD), die auch Landesgleichstellungsbeauftragte ist und über „Entwicklung und Perspektiven der Frauen- und Gleichstellungspolitik der Landesregierung 2005 bis 2009“ referierte +++ Am 21. Februar nahm die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen an einer Podiumsdiskussion in der **Investitionsbank Berlin** teil. Mit ihr auf dem Podium diskutierten Barbara David (Commerzbank), Brigitte Lammers (Egon Zehnder International), Alexandra Streich (Berliner Wasserbetriebe) sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf (Linke.PDS). Im Auditorium vertraten Heidemarie Gerstle und Anneliese Wolf den LFR Berlin +++ Die Frauen im Deutschen **Guttempler-Orden** in Berlin und Brandenburg hatten

anlässlich des diesjährigen Weltfrauentages am Sonntag, dem 12. März, zu einer Vormittagsfeier geladen. Dabei stellte Marlies Brouwers als Referentin den LFR Berlin und den Deutschen Frauenrat vor und berichtete über die Arbeit der beiden Organisationen +++ Warum in unserer Gesellschaft der Wunsch nach Kindern abhanden gekommen ist, wurde am 13. März beim schon traditionellen **Treffpunkt Tagesspiegel** diskutiert. Symptomatisch war die offen gezeigte Ratlosigkeit von Klaus Böger (SPD), Senator für Bildung, Jugend und Sport: Er selbst und seine Frau hätten mit Kindern begonnen, noch bevor sie ihre Ausbildung beendet hatten. Dagegen fühlten sich seine Söhne, allesamt gut ausgebildet und in attraktiven Berufen tätig sowie mit wunderbaren Freundinnen zusammen, noch nicht reif für eigene Kinder. Juliane von Friesen, die die nicht neue, aber durchaus lebhaft Diskussion aufmerksam verfolgte, konnte angesichts eigener Erfahrungen die Ratlosigkeit des Senators nur teilen. Betroffen machte sie allerdings das Alter des Auditoriums, das im Durchschnitt bei 60 Jahren gelegen haben dürfte +++ Bei der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des **Bremer Frauenausschusses** am 15. März im Bremer Rathaus überbrachte

Anneliese Wolf die Glückwünsche des LFR Berlin. Ebenso gratulierten die Landesfrauenräte Hamburg und Niedersachsen. Ein Grußwort der Schirmherrin, der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Karin Köpke, durfte nicht fehlen. Bei der Begrüßung bedauerte die Bremer Vorsitzende, dass die Gründerinnen von einst nicht mehr dabei sein konnten. Daraufhin erhoben sich vier Frauen im Publikum mit dem Hinweis „Wir sind doch noch da!“ Es waren „Die Knitterfreien“, die Altentheatergruppe des BuS, die im Outfit der Nachkriegsjahre für einen interessanten Rückblick sorgten. Ihre Mahnung: „Lasst Euch das nicht nehmen, was Ihr bisher erreicht habt!“ +++ Am 2. April ermunterte die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen rund 50 Gründerinnen und Unternehmerinnen beim **Unternehmerinnenforum der deGUT 2006**, sich in Netzwerken zusammenzuschließen. Die Kongressmesse für Selbständigkeit und Unternehmertum – so der deGUT-Untertitel – bot vom 31. März bis 2. April in den Ausstellungshallen unter dem Funkturm ein breites Spektrum an Seminaren, Podien und Foren. Über 200 Aussteller präsentierten Dienstleistungen und Produkte ++++++

(brouwers/von Friesen/Wolf)

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1

10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10

Fax: 030/86 00 88 40

Email: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: Juliane von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Heidemarie Gerstle, Anneliese Wolf, Sabine Röhrbein

Layout/Satz: Sabine Röhrbein

Erscheinungstermin:

31. Mai 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LFR Berlin wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LFR Berlin e.V. veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Frauen Union: Familienkasse kommt

♦ Die Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, hat im März zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Familienkasse – Ein Weg zu mehr Transparenz und zielgerichteter Familienförderung in Deutschland“ eingeladen, die Marlies Brouwers für den LFR besucht hat. Obwohl Deutschland erhebliche Mittel in die Familienpolitik investiert, sind Kinder bei uns noch immer das Armutsrisiko Nummer

eins und Familien haben oft den Eindruck, der Staat tue zu wenig für sie. Die Bundesregierung hat deshalb im Koalitionsvertrag die Einrichtung einer Familienkasse vereinbart, in der die monetären Familienleistungen des Bundes zusammengefasst werden sollen. Da in Frankreich die Familienkasse schon lange Realität ist, gab eine französische Podiumsteilnehmerin über Vor- und Nachteile einer solchen Familienkasse Auskunft.

(brouwers)



Louise-Schroeder-Medaille für Medizinerin

♦ Dr. Gisela Albrecht, ärztliche Direktorin am Vivantes Klinikum Spandau und Direktorin der Klinik für Dermatologie, wurde am 23. März mit der Louise-Schroeder-Medaille 2006 geehrt. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD), überreichte der 62-Jährigen die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde im Preußischen Landtag für „ihre außerordentlichen Leistungen für gesundheitspolitische und soziale Belange sowie ihr unermüdliches Engagement in Frauenfragen“.

Das Abgeordnetenhaus verleiht die höchste frauenpolitische Auszeichnung des Landes an Frauen, die Herausragendes für die Belange der Frauen in Berlin geleistet haben. Gisela Albrecht war die erste Frau in Deutschland überhaupt, die Direktorin eines Klinikums wurde. Sie war auch die erste Frau an der Spitze des über 100 Jahre alten deutschen Dermatologenverbandes. Innerhalb dieses Berufsverbandes hat sie eine Frauengruppe gegründet und sich für die Förderung junger Fachärztinnen eingesetzt.

Die Laudatio hielt im Vorjahr, als Tagesthemen-Moderatorin Anne Will Laudatorin für Prof. Dr. Jutta Limbach war, wieder eine prominente Frau: Die Schauspielerinnen Judy Winter stellte Dr. Gisela Albrecht ebenso kenntnisreich wie liebevoll vor und rundete ihre Rede mit dem Gedicht „Wenn“ von Rudyard Kipling ab.

Der LandesFrauenRat Berlin, der seinerseits eine bekannte Frau als Preisträgerin vorgeschlagen hatte, die früher eine herausragende Rolle in der Politik der Stadt innehatte, war bei der Feier durch Marlies Brouwers, ebenfalls Mitglied im Kuratorium zur Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille, Juliane von Friesen und Anneliese Wolf vertreten. Um Dr. Gisela Albrecht zu ehren, waren unter anderem Bürgermeisterin und Senatorin Karin Schubert (SPD), Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD), Senator Harald Wolf (Linke.PDS) und Staatssekretärin Susanne Ahlers sowie die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel (SPD) und Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen) anwesend.

(JvF)

Zu Gast beim Fußball-Verband

♦ Den Berliner Fußball-Verband (BFV) besuchte der LFR Berlin Ende Februar und folgte damit einer Einladung des Präsidenten Bernd Schultz. Dieser stellte den Fußball-Verband vor, der mit 98.000 Mitgliedern der größte Sportverband des Landes ist. Unter der Regie des BFV werden wöchentlich 1.600 Spiele organisiert und durchgeführt.

Auf die Frage nach Stellung und Stellenwert des Mädchen- und Frauenfußballs, betonte Bernd Schultz, dass dieser gleichbedeutend mit dem Jungen- und Männerfußball sei. Der Aufschwung im Mädchenbereich sei bemerkenswert. Elf Mannschaften seien gemeldet, und zwar in allen Altersklassen ab sechs Jahren. Derzeit

würden allerdings die Berliner Spitzenkickerinnen vielfach in das Leistungszentrum von Turbine Potsdam abwandern. Bedauerlich sei zudem, dass Hertha BSC kein Frauenteam habe. Wichtig sei auch, dass es künftig mehr Schiedsrichterinnen gebe. Im 15köpfigen BFV-Vorstand gibt es derzeit mit Doris Brachmann nur eine einzige Frau, die jedoch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss führt.

Die Diskussion mit dem BFV-Präsidenten war intensiv und sehr lebhaft. Am Ende, nach gut zwei Stunden, dankte Juliane von Friesen Bernd Schultz herzlich.

(JvF)

Hintergrund

Medaillen-Geschichte

Die Sozialdemokratin Louise Schroeder (1887 bis 1957) war eine der bedeutendsten Nachkriegspolitikerinnen Berlins. Von 1946 bis 1951 bekleidete sie verschiedene Bürgermeisterfunktionen, darunter in den Jahren 1947/48 als beauftragte amtierende Oberbürgermeisterin. Die nach ihr benannte Medaille wurde 1998 durch den Senat verliehen, wobei das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Verleihung vorbereitete und begründete. Allerdings kam es in den folgenden Jahren bei der Vergabe zu parteipolitischen Auseinandersetzungen: So konnte 2001 die Medaille nicht an die ehemalige Brandenburger Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) vergeben werden, aufgrund der Ehrung der Schriftstellerin Daniela Dahn 2002 gab Hanna-Renate Laurien ihre Louise-Schroeder-Medaille zurück. Deshalb wurde das Stiftungsrecht 2003 vom Regierenden Bürgermeister an das Abgeordnetenhaus übergeben.

Frauenpreis 2006 für Dr. Czarina Wilpert

♦ Mit dem **Berliner Frauenpreis 2006** wurde Dr. Czarina Wilpert am Internationalen Frauentag, dem 8. März, im Roten Rathaus durch Frauensenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) ausgezeichnet. Die Laudatio auf die hochinteressante und seit vielen Jahren die Belange von Frauen und speziell Migrantinnen vertretenden Preisträgerin hielt LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert (SPD-MdB). Rund 150 Frauen und einige Männer lauschten der humorvollen, aber auch äußerst einfühlsamen Rede und feierten Czarina Wilpert auf dem anschließenden Empfang. Der LFR war auch mit Juliane von Friesen, Marlies Brouwers und Anneliese Wolf dabei.

World Women Work 2006: „Macht“ ernst nehmen

♦ Die zum fünften Mal stattfindende Konferenz World Women Work vom 10. bis 11. Mai 2006 in Berlin stand unter dem Motto „Frauen und Führung – Perspektiven und Entwicklungen“. In Vertretung ihres Premierministers eröffnete die luxemburgische Ministerin für Familie und Integration und Ministerin für Chancengleichheit – es handelt sich tatsächlich um zwei eigenständige Ministerien – Marie-Josée Jacobs die Konferenz. Sie berichtete über die Situation von Frauen in Führungspositionen in Luxemburg, in Politik und Wirtschaft und stellte das Crossmentoring-Programm vor, das staatlich initiiert in verschiedenen Unternehmen ihres Landes durchgeführt wird. So engagiert die Ministerin wirkte, so skeptisch war sie hinsichtlich der prognostizierten Zeitspanne, wann Gleichstellung tatsächlich erreicht sein wird. Dabei wies sie darauf hin, dass ohne die vielen gut ausgebildeten Frauen, die 20 Millionen Abgänge aus dem europäischen Arbeitsmarkt, die in den nächsten

Jahren zu erwarten sind, nicht kompensiert werden könnten.

Ein besonderes Highlight der Konferenz war der Auftritt von Suzanne Mubarak, der First Lady Ägyptens. Sie berichtete mit großem Stolz von den vielen unternehmerischen Pionier- und Glanzleistungen, die Frauen in ihrem Land und weltweit erbracht haben. Darüber hinaus lobte sie das Engagement zahlreicher NGOs für die Rechte von Frauen und setzte sich vehement für deren Unterstützung ein. Zum Abschluss lud Suzanne Mubarak die Teilnehmerinnen zur nächsten Weltfrauenkonferenz in Kairo mit großer Herzlichkeit ein.

Es folgte Rita Süßmuth, Schirmherrin der World Women Work, die betonte, dass Karriereorientierung nach wie vor etwas völlig Normales, ja Erwartbares bei Männern sei, Frauen aber immer noch und gerade heute (wieder) mit den angeblich negativen Auswirkungen des Karrieremachens konfrontiert würden. Gerade in der Diskussion um die demografische Entwick-

lung werde die Entscheidung von Frauen für Beruf und Karriere verantwortlich gemacht für das Fehlen von Kindern. Dagegen verwahrte sie sich vehement. Sie forderte Frauen auf, noch mehr Einfluss zu nehmen, sich zu zeigen und ihre Forderungen zu artikulieren. Frauen sollten das Wort „Empowerment“ ebenso wie das Wort „Macht“ ernst nehmen.

Der erste Konferenztag war den Themen „Frauen in Politik“ und „Chancengleichheit durch die EU-Gesetzgebung“ vorbehalten, die von hochkarätigen Expertinnen aus dem In- und Ausland diskutiert wurden. Der zweite Konferenztag widmete sich den Themen „Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft“ und „Frauen(bilder) in den Medien“. Die ungeachtet der Höhe des Teilnahmebeitrags hervorragend besuchte Konferenz, an der die LFR-Vorsitzende als Gast des Hauptveranstalters teilnehmen konnte, wird sicher auch in den kommenden Jahren wieder in Berlin stattfinden. (JvF)

Mütter – ein Gewinn für Unternehmen

♦ Am 7. März hatten die Bertelsmann Stiftung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Veranstaltung „Karriere(n)ick Kinder: Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen“ in das dbb-Forum nach Berlin-Mitte eingeladen. Rund 220 Frauen, darunter Juliane von Friesen, und etwa 20 Männer verfolgten interessiert die Vorträge und Präsentationen von Liz Mohn, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen (CDU) sowie Olaf Peters, Personaldirektor MEDA Pharma, und Prof. Dr. Ulrike Detmers, Unternehmerin und Professorin an der FH Bielefeld. Die Themen lauteten:

● Frauen mit Kindern in Führungspositionen: Im Spannungs-

feld zwischen ökonomischer Realität und familiärer Anspruchshaltung (Liz Mohn)

● Mütter in Führungspositionen – vom Widerspruch zum Zukunftsmodell (Ursula von der Leyen)

● Notwendigkeit einer familienbewussten Personal- und Gesellschaftspolitik für die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere (Olaf Peters)

● Erfolgsfaktoren von Unternehmerinnen (Ulrike Detmers).

Es folgte eine engagierte Diskussion, moderiert von Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel, Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft. Nach der Mittagspause, die neben der Nahrungsaufnahme eifrig zum Netzwerken genutzt wurde, stellten Dr. Helga Lukoschat und Kathrin Walther,

Geschäftsführerin und Projektleiterin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, die Studie „Karriere(n)ick Kinder. Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen“ vor. Aus dem Auditorium kam der Hinweis, dass vor allem die Situation berufstätiger Mütter untersucht werden sollte, die sich in keiner Führungsposition befinden oder eine solche anstreben. Liz Mohn, die sich immer wieder in die Diskussion einschaltete, befürwortete das. Den Abschluss bildete die Podiumsdiskussion zum Buch „Die Unmöglichen. Mütter, die Karriere machen“. Im Anschluss fand ein Sektempfang statt, bei dem das Thema „Mütter und Karriere“ durchaus beschwingt weiter diskutiert wurde.

(JvF)

Abpfiff für Zwangsprostitution

Deutscher Frauenrat forciert Kampagne zur Fußball-WM

♦ „Die Welt zu Gast bei Freunden“ lädt das offizielle Motto der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 seit Monaten weltweit nach Deutschland ein – kaum jemand kann sich hierzulande der Berichterstattung und der Begeisterung über das Sportereignis entziehen. Nicht nur die meisten Männer auch viele Frauen freuen sich auf spannende und faire Spiele, auf internationale Begegnungen und neue Bekanntschaften.

Am Rande der Spiele wird es aber Menschen geben, die weder Freude, Freundschaft noch Fairness erleben. Denn wie von vergleichbaren Großveranstaltungen bekannt, werden auch Nachfrage und Angebot sexueller Dienstleistungen rund um die WM ansteigen. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen befürchten deshalb, dass damit auch Menschenhandel und Zwangsprostitution deutlich ansteigen werden. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Frauen Rat (DF) anlässlich des Internationalen Frauentages im März seine Kampagne „abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ gestartet. Ein Berliner Abpfiff-Bündnis koordiniert die Aktivitäten in der Hauptstadt und hat bereits die ersten Infostände in der Berliner City organisiert. Mit ihrer Unterschrift konnten Passanten die Kampagne unterstützen. Prostitution soll nicht verboten werden, so der DF. „Frauen, die dazu gezwungen werden, müssen geschützt werden“, betont die Erklärung der Frauenorganisation. Die Kampagne „abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ will die Fußball-Weltmeisterschaft als Tribüne nutzen, um eine breite Öffentlichkeit aus dem In- und Ausland auf das Problem des kriminellen Menschenhandels und der Zwangsprostitution aufmerksam zu machen. Und sie will die politisch Verantwortlichen mit Nachdruck dazu auffordern, kon-

sequenter und erfolgreicher gegen diese schweren Verletzungen der Menschen- und Frauenrechte vorzugehen. Sie will erreichen, dass das Thema „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ nach der WM deutlich höher auf der gesellschaftspolitischen Tagesordnung steht als heute. Niemandem sollen Fußball und fairer Sex verdorben werden, so der DF. „Abpfiff“ wende sich nicht gegen Männer, Fußballfans, Freier, Prostituierte oder Prostitution generell.

Das geht auch gar nicht, denn seit 2002 ist Prostitution in Deutschland legalisiert. Der DF geht aber noch weiter. „Die bestehenden Rechte für Prostituierte müssen weiter ausgebaut werden“, heißt es in der Erklärung. „Sie müssen zu verbesserten Arbeitsbedingungen führen, die Selbstbestimmung von Prostituierten fördern und ihre gesellschaftliche Stigmatisierung abbauen.“ Die Forderung ist klar: „Ein respektvoller Umgang mit Prostituierten muss einhergehen mit der konsequenten Bekämpfung der Zwangsprostitution.“

Die Schirmherrschaft für die WM-

Kampagne gegen Zwangsprostitution hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) übernommen. „Wir freuen uns, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin unserer Bitte gefolgt ist, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Damit gibt er auch anderen Männern den Anstoß, das Anliegen unserer Kampagne ernst zu nehmen und Verantwortung für das Problem zu übernehmen“, erklärte dazu die DF-Vorsitzende Brunhilde Raiser. Auch der Deutsche Fußballbund (DFB) unterstützt nach einigem Zögern die Kampagne. DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger hat ebenso die Schirmherrschaft übernommen. „Nachdem uns die Spitzen des DFB im vergangenen Herbst haben abblitzen lassen, freuen wir uns nun besonders über deren Umdenken“, so Brunhilde Raiser. „Abpfiff“ wird schwerpunktmäßig an den zwölf Austragungsorten der WM-Spiele präsentiert und dort von örtlichen Bündnissen, in denen die DF-Mitgliedsverbände mit anderen Organisationen zusammenarbeiten, getragen. (sbr)

Abpfiff-Forderungen I

Für die Herkunftsländer

- ⇒ Wirtschaftshilfen, die gezielt die eigenständige Existenzsicherung von Frauen fördern.
- ⇒ Nachhaltige Unterstützung der lokalen Menschenrechtsgruppen und der Zivilgesellschaft, um die im Folgenden genannten Maßnahmen sicherzustellen.
- ⇒ Ausreichende Förderung von Beratungs- und Hilfsprojekten vor Ort und die Sicherstellung einer stabilen Koordination untereinander.
- ⇒ Unterstützung der Einrichtung von Beratungsstellen und Schutzhäusern für von sexueller Gewalt und Menschenhandel betroffene Frauen und Mädchen besonders in Kriegs- und Krisengebieten.
- ⇒ Maßnahmen zur Sensibilisierung der dort tätigen nationalen und internationalen Polizei- und Ermittlungskräfte.
- ⇒ Seriöses und flächendeckend verteiltes Informationsmaterial über sichere und legale Migrationsmöglichkeiten sowie die von MenschenhändlerInnen angewandten Methoden.

Aktion katholischer Frauenverbände

♦ Unter der Überschrift „Zwangsprostitution verhindern – Perspektiven für Frauen schaffen“ haben die katholischen Frauenverbände eine eigene Unterschriftenaktion zur Fußball-WM 2006 gestartet. Damit soll auf den zu erwartenden Anstieg des Menschenhandels rund um die WM-Austragungsorte aufmerksam gemacht werden, bei dem Frauen gegen ihren Willen und unter Verletzung ihrer Menschenwürde zur Prostitution gezwungen werden. Die Aktion schließt sich im Wesentlichen dem Forderungskatalog

der DF-Kampagne „abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ an. Nicht enthalten sind aber Aussagen zur Situation von Frauen, die freiwillig der Prostitution nachgehen, weil die katholischen Frauenverbände diesen nicht uneingeschränkt zustimmen können. Hinsichtlich der Zwangsprostitution fordern sie jedoch die Bundesregierung übereinstimmend dazu auf, den von Menschenhandel Betroffenen einen gesicherten Aufenthaltsstatus von mindestens drei Monaten zu gewähren. Darüber hinaus soll ihre Mitwirkung in

Prozessen gegen Menschenhändler unterstützt sowie die finanzielle Absicherung von Fachberatungsstellen gewährleistet sein. Insbesondere sollen in den Herkunftsländern der Betroffenen Aktionen gefördert werden, die zur Aufklärung und zur eigenständigen Existenzsicherung von Frauen beitragen. Gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat wollen die katholischen Frauenverbände, die bei beiden Aktionen gesammelten Unterschriften übergeben. Infos sind im Internet unter www.gegenfrauenhandel.de zu finden. (sbr)

Abpfiff-Forderungen II

Für die von Menschenhandel und Zwangsprostitution Betroffenen in der Bundesrepublik

- ⇒ Gesicherter Aufenthaltsstatus für eine Frist von mindestens drei Monaten; diese Frist soll den Betroffenen eingeräumt werden als Bedenkfrist für die Entscheidung, ob sie sich als ZeugInnen für einen Prozess zur Verfügung stellen. Sie dient gleichzeitig der Stabilisierung sowie der körperlichen und psychischen Erholung der Betroffenen. Zu diesem Aufenthaltsstatus gehören:
 - Vermeidung vorschneller Abschiebungen durch sensiblen Umgang mit potenziell Betroffenen, umfassende Aufklärung über ihre Rechte in Deutschland sowie Vermittlung der Unterstützung von Fachberatungsstellen.
 - Sicherstellung des Lebensunterhalts und geeigneter Unterkünfte sowie des Zugangs zum Bildungs- und Arbeitsmarkt.
 - Medizinische Versorgung und Bereitstellung umfassender therapeutischer Hilfen.
 - Recht auf unentgeltlichen Rechtsbeistand.
 - Seriöses und flächendeckend verteiltes Informationsmaterial über sichere und legale Migrationsmöglichkeiten sowie die von MenschenhändlerInnen angewandten Methoden.
- ⇒ Darüber hinaus sollte für diejenigen, die als Zeuginnen in Prozessen aussagen, ein gesicherter Aufenthaltsstatus unabhängig vom Prozessausgang angestrebt werden.
- ⇒ Eingehende Einzelfallprüfung durch die verantwortlichen staatlichen Stellen vor der Entscheidung über alle Formen des gesicherten Aufenthaltsstatus. In die für die Entscheidung vorgelegte Empfehlung müssen alle verfügbaren Erkenntnisse zur Gefährdung der Betroffenen einbezogen werden.
- ⇒ Verbindliche Kooperationsvereinbarungen in allen Bundesländern zur Zusammenarbeit zwischen den Fachberatungsstellen und den Polizeibehörden.
- ⇒ Nachhaltige finanzielle Absicherung der entsprechenden Fachberatungsstellen und deren Zusammenschlüsse, zum Beispiel des Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK).

Kampagnen-Handbuch

- ♦ Das Handbuch zur DF-Kampagne ist seit kurzem unter www.abpfiff-zwangsprostitution.net unter „Kampagnenmaterial“ eingestellt. Es enthält unter anderem Hintergrundinformationen zum Thema sowie methodische Anregungen für eigene Aktionen auf lokaler Ebene. Auf der Website können auch Unterschriftenlisten-Muster heruntergeladen werden.

Position

Unterschrift nötig

Im Umfeld der Fußball-WM werden Gewalt und Erpressung gegenüber Frauen, Zwangsprostitution und Menschenhandel zunehmen. Dieser menschenverachtende Umgang mit Frauen ist unerträglich und mit unseren gesellschaftlichen, politischen und christlichen Werten nicht vereinbar. Damit die Thematik „Zwangsprostitution und Menschenhandel“ stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt, ist es unbedingt erforderlich, die Unterschriftenaktionen „Abpfiff“ des Deutschen Frauenrates und die der Katholischen Frauenverbände zu unterstützen.

*Marlies Brouwers,
stellv. Vorsitzende LFR Berlin*

Gemeinsames Handeln in Europa

DF-Vorsitzende stellte „Abpiff“-Kampagne bei der EU vor

♦ „Europaweites Handeln“ gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution hat die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates (DF), Brunhilde Raiser, am 8. März in Brüssel gefordert. Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Frauenrechte und Gleichstellung hatte am Internationalen Frauentag zu dem Seminar „Zwangsprostitution am Rande sportlicher Großereignisse“ eingeladen. Ziel dabei war der Austausch über Strategien und Wege im Kampf gegen Zwangsprostitution. Anwesend waren neben EU-Parlamentariern und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) auch die Vizepräsidentin der Kommission Margot Wallström und ihr Kollege Franco Frattani. Anna Záborská, Vorsitzende des Ausschusses, betonte: „Dies ist nicht das Ende der Debatte; die Debatte wird fortgeführt, bis Zwangsprostitution beseitigt ist.“ Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sei leider weder auf die Zeit sportlicher Großereignisse noch auf die Bundesrepublik begrenzt, machte die

DF-Vorsitzende in ihrem Statement deutlich. Und Brunhilde Raiser nannte Zahlen: „Die OSZE schätzte 2001, dass im Jahr etwa 200.000 Menschen, vor allem Frauen und Mädchen, nach Westeuropa geschleust und verkauft werden. Die EU geht von rund 140.000 in die EU gehandelten Frauen pro Jahr aus.“ Menschenhandel sei weltweit ein lukratives Geschäft, vergleichbar mit dem Waffen- und Drogenhandel. „Es ist ein Skandal, dass diese gravierende Menschenrechtsverletzung bisher so wenig Beachtung in der Öffentlichkeit findet, dass der Kampf dagegen so hilflos, so erfolglos ist“, sagte Raiser. „Europaweites Handeln ist nötig, damit meine ich Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel, gesicherte Aufenthaltsregelungen und verstärkte Zusammenarbeit in der Strafverfolgung. Grundsätzlich gilt: Die Maßnahmen müssen menschenrechtsorientiert sein“, forderte sie. Die DF-Vorsitzende machte weiter klar, dass ihr Verband hinter dem 2002 in Deutschland in Kraft getre-

tenen Prostitutionsgesetz stehe, das aber noch verbesserungswürdig sei. „Besorgt verfolgen wir daher aktuelle Bestrebungen, Prostitution durch die Verfolgung der Kunden von Prostituierten zu kriminalisieren. Wir halten die generelle Freierbestrafung für den falschen Ansatz, denn Prostitution wird sicherlich nicht aus unserer Mitte verschwinden, indem man sie in den Untergrund drängt und damit die Prostituierten verstärkt gefährdet“, betonte Raiser. „Die insbesondere in Deutschland erhobene Forderung, Freier dann zu bestrafen, wenn ihnen bekannt ist, dass die von ihnen aufgesuchte Prostituierte Opfer von Menschenhändlern ist, muss sehr genau überprüft werden, ob sie strafrechtlich überhaupt effektiv umgesetzt werden kann. Gezielte Freierversensibilisierung erscheint dem Deutschen Frauenrat der Erfolg versprechendere Weg zu sein, zwangsprostituierten Frauen wirksame Hilfe zukommen zu lassen und das Verbrechen zur Anklage zu bringen“, sagte sie.

(sbr)

Kampagnen-Netzwerk

♦ Der Deutsche Frauenrat hat sich für seine „Abpiff“-Kampagne mit Amnesty International, dem Bund Deutscher Kriminalbeamter, dem Bundesverband Sexueller Dienstleistungen, dem Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess, dem Ökumenischen Forum Christlicher Frauen in Europa und weiteren Organisationen zu einem bundesweiten Netzwerk zusammengeschlossen. Alle Informationen rund um die Kampagne sind im Internet unter www.abpiff-zwangsprostitution.net zu finden. Hier können auch Handzettel und weiteres Material für eigene Aktionen heruntergeladen werden.

Abpiff-Forderungen III

Für die Arbeit von Behörden in der Bundesrepublik

- ⇒ Verpflichtende Berücksichtigung des Problems Menschenhandel /Zwangsprostitution in der allgemeinen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Damit soll Polizistinnen und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ausländer- und Sozialbehörden sowie Jugendämtern ein sensiblerer Umgang mit den Betroffenen ermöglicht werden.
- ⇒ Ausreichende Einrichtung von Schwerpunktdienststellen bei den Polizeibehörden, die angemessen mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind.
- ⇒ Verstärkung der nationalen und internationalen Kooperation in der Strafverfolgung von Menschenhandel.
- ⇒ Einrichtung beziehungsweise Ausbau spezialisierter Staatsanwaltschaften.
- ⇒ Stärkere Sensibilisierung von Richterinnen und Richtern sowie eine gezielte Werbung für entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Rückenwind aus Europa

Parlament votiert für Resolution gegen Zwangsprostitution

♦ „Es ist ein wichtiges Signal, dass das Parlament heute unterstützt hat, dass kein einziger Fall von Zwangsprostitution toleriert werden darf. Die Resolution ist die eindeutige Botschaft an die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten, den Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel stärker auf die Tagesordnung zu setzen“, betonte die Europaabgeordnete Hiltrud Breyer (Bündnis 90/Die Grünen) nach der Abstimmung des Europaparlaments (EP) zum Thema „Zwangsprostitution im Kontext großer Sportveranstaltungen“ Mitte März. An erster Stelle wird die DF-Kampagne „abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball-WM 2006 begrüßt. Damit haben sich die Europaabgeordneten das Anliegen der Kampagne zu eigen gemacht: Menschenhandel – insbesondere mit Frauen und Kindern – zwecks sexueller oder sonstiger Ausbeutung sei „eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen“, so das EP in seiner Entschliebung. Die EU-Mitgliedstaaten müssten nachdrücklich auf das Problem und dessen Tragweite hingewiesen werden. Der wichtigste Aspekt der Aufklärungs-

arbeit sei, „die Nachfrage zu reduzieren“. Um das Bewusstsein für das Problem des Menschenhandels zu stärken, wiederholte das Parlament seine Forderung

Position

Moderne Sklaverei

Was immer man zu Prostitution meint, die Formen der Diskriminierung helfen nicht weiter – ohne Zwang und Gewalt und für eine menschenwürdiges Auskommen – das ist das Geringste, wofür wir eintreten müssen. Zwang und Gewalt in der Prostitution – das ist die Spitze eines Eisbergs, hinter dem sich eine Menge Arbeiten verbergen, von denen einfach nur gesagt werden kann, das ist der Schatten von Europa. Das ist vielleicht sogar moderne Sklaverei.

*Andreas Köhn,
Fachbereich Medien in der
Gewerkschaft ver.di*

nach einem „Tag gegen den Menschenhandel“. Auch Sensibilisierungskampagnen mit bekannten Persönlichkeiten aus der Welt des Sports seien hilfreich. An EU-Kommission und Mitgliedstaaten rich-

ten die Abgeordneten schließlich die Aufforderung, eine „Präventionskampagne“ zu starten, die sich an die potenziellen Opfer richtet, um diese über mögliche Risiken und Gefahren sowie über ihre Rechte in den „Bestimmungsländern“ zu informieren.

„Viele der Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, sind Opfer des organisierten Verbrechens und waren im Glauben, dass sie in der EU eine legale Arbeit ausüben könnten“, erläutert Hiltrud Breyer. „Es ist längst überfällig, bei den EU-weiten Maßnahmen gegen Menschenhandel sowohl die Prävention als auch den Opferschutz in den Vordergrund zu rücken“, erklärte die Grünen-Koordinatorin im EP-Frauenausschuss. Dazu müsse dringend die Migrationspolitik neu ausgerichtet werden. Breyer: „Opfer von Menschenhandel brauchen ein gesichertes Bleiberecht. Dies ist essentiell, damit sie sich aus ihrer Zwangslage befreien können.“ Für sie und ihre ParlamentskollegInnen ist klar: „Der Kampf gegen das Verbrechen Menschenhandel muss auch über die WM hinaus an vorderste Stelle der politischen Agenda gesetzt werden. (sbr)

Postkarte für Fußballfans

♦ Bis zum 2. Juni kann beim Deutschen Frauenrat noch die Abpiff-Postkarte bestellt werden, die Dank einer Spende des Deutschen Fußballbundes produziert werden konnte. Für Berlin gibt es eine eigene Version, die die SPD-Bundestagsabgeordnete und LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert mit ermöglichte. Die Postkarte mit WM-Spielplan ist zum Verschicken an fußballbegeisterte FreundInnen gedacht, die damit das Turnier verfolgen und gleichzeitig die DF-Kampagne unterstützen können. Die Nationalflaggen der Mann-

schaften, die in der Vorrunde ausscheiden, werden auf dem äußeren Rand durchgestrichen, die Teams des Achtelfinales sind in Kästchen einzutragen.

Die Karte kann unter postkarte@frauenrat.de per Mail bestellt werden. Infos dazu sind auch auf der Website www.frauenrat.de zu finden. Sollten mehr Bestellungen eingehen als Karten zur Verfügung stehen, wird das Material proportional auf alle Bestellungen aufgeteilt – so geht niemand leer aus. Die Lieferung soll bis zum 14. Juni erfolgen.

Über 30.000 Unterschriften

♦ Eine ansehnliche Bilanz konnte der DF zum Monatswechsel vorweisen: 30.204 Menschen hatten sich bei „Abpiff“ mit ihrer Unterschrift gegen Zwangsprostitution ausgesprochen. Täglich gehen beim Frauenrat weitere Unterschriftenlisten ein. Im September will der DF alle Unterschriften Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) überreichen und damit die Umsetzung der „Abpiff“-Forderung anmahnen. Dann wollen auch die katholischen Frauenverbände das Ergebnis ihrer Unterschriftenaktion präsentieren.

Ausstellung im Abgeordnetenhaus

♦ „Vor die Tür gesetzt“ ist eine Ausstellung des Vereins Aktives Museum überschrieben, die im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder in den Blickpunkt rückt. Die Exposition ist einen Monat lang vom 8. Juni bis 8. Juli montags bis samstags in der Zeit von 9 bis 18 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin an der Niederkirchner Straße zu sehen.

Anlässlich der Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 hatten Berliner Senat und Abgeordnetenhaus den Anstoß für eine Ausstellung über die Lebensgeschichten der zwischen 1933 und 1945 verfolgten und ermordeten Berliner Politiker gegeben. „Vor die Tür gesetzt“ dokumentiert

jetzt anhand von 32 ausgewählten Biografien mit persönlichen Zeugnissen, Bildern und Dokumenten die Lebenswege von ParlamentarierInnen und KommunalpolitikerInnen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen verfolgt wurden, ins Exil gingen oder Haft und Tod erleiden mussten. Sie zeigt auch, wie die parlamentarische Demokratie in Deutschland 1933 zerstört wurde. Dies geschieht in Form einer Chronik der Geschichte des Berliner Stadtparlaments, das am 20. März 1919 erstmals im Berliner Rathaus zusammentrat und sich am 27. Juni 1933 zu seiner letzten Sitzung traf. Weitere Informationen sind unter www.vordietuergesetzt.de und www.aktives-museum.de im Internet zu finden. (sbr)

Frauen-Nacht-Café eröffnet

♦ Die Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e. V. – Wildwasser – hat zum Frauentag im März offiziell ein Frauen-Nacht-Café eröffnet. Frauen in Krisensituationen finden hier eine nächtliche Anlaufstelle. Das zweijährige Modellprojekt wird durch

die ARD Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ gefördert. Das Frauen-Nacht-Café ist in Kreuzberg, in der Friesenstraße 6 zu finden und jede Nacht von Samstag zu Sonntag und in den Nächten zu einem Feiertag von 18 bis 8 Uhr morgens geöffnet. (sbr)

BIG: Präventionsprojekt an Schulen

♦ Ein neues Projekt hat im April der Verein BIG gestartet. „Prävention an Schulen“ wird in Kooperation mit der Jugendhilfe durchgeführt. „Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, Gelder für ein Modellprojekt im Bereich Prävention von häuslicher Gewalt zu akquirieren“, so die Verantwortlichen in einer Erklärung. Das Projekt soll über einen Zeitraum von zwei Jahren laufen. Finanziert wird es von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V., Erstausrüstung und Landesanteil übernimmt die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung trägt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Insgesamt vier Schulen in zwei ausgewählten Bezirken sind beteiligt. Zielgruppe sind Mädchen und Jungen im Alter zwischen neun bis zwölf Jahren, die pädagogischen Fachkräfte (LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen) und Eltern. „Über Fortbildungen, Projekttag und verschiedene Materialien soll sowohl für das Thema sensibilisiert und qualifiziert werden als auch frühzeitig Wege ins Hilfesystem für betroffene Kinder und deren Mütter aufgezeigt werden“, erläutert BIG. Die Ergebnisse sollen so aufbereitet werden, dass auch andere Bundesländer, Träger der Jugendhilfe, Schulen und Frauenprojekte davon profitieren können. (sbr)

Verdeckter Arbeitsmarkt

♦ 25-jähriges Jubiläum feierte die Lesbenberatung Ende April. Jetzt präsentiert sie das Projekt „LOS GEHT's – Das Netzwerk für neue Berufsperspektiven“, das aus Mitteln des Lokalen Sozialen Kapitals im Rahmen des ESF realisiert wird. Das Angebot zielt auf den verdeckten Arbeitsmarkt und unterstützt lesbische und bisexuelle Frauen sowie transidente Menschen. Mehr Infos sind unter www.lesbenberatung.de zu finden.

30 Jahre „Courage“

♦ Manch eine erinnert sich wohl noch an die Frauenzeitung „Courage“, die einst die Frauenbewegung streitbar begleitete. Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt sie am 17. Juni in den Fokus ihrer Tagung „Als die Frauenbewegung noch Courage hatte – Gründung der Frauenzeitung Courage vor 30 Jahren“.

Nach der Begrüßung referiert Ursula Nienhaus (FFBIZ) unter der Überschrift „Courage und das Glück in den Frauen- und Zeitungsprojekten“, anschließend diskutieren auf dem Podium „Mut zum Denken und Aufbauen: Inhalte, die es noch nicht gab“ Sibylle Plogstedt, Sabine Zurmühl, Barbara Duden, Christel Dormagen und Irene Stoehr. Ein zweites Podium mit Monika Arnoldt-Esche, Doris Fürstenberg, Olga Wernet und Paula Schmid-Dudek widmet sich „Leben und Arbeiten mit Courage: Chancen und Grenzen des Kollektivs“ und das dritte unter Beteiligung von Helke Sander, Christina Thürmer-Rohr, Doris Janshen und Christa Wichterich dem Thema „Courage, die Medien und die Frauenbewegung. Was musste sich verändern, was ist geblieben?“ Im Anschluss ist ein Empfang geplant.

Die Tagung findet in der Zeit von 13 bis 20 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, statt. Auskünfte erhalten Interessentinnen unter 030/269 35-6.

Dauerbrenner Frauen und Karriere

Einladung zum LFR-Seminar mit der Evangelischen Akademie

♦ Erstmals laden die Evangelische Akademie zu Berlin und der LandesFrauenRat Berlin zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein: Am Freitag, dem 30. Juni, und Sonnabend, dem 1. Juli, stehen das derzeit viel diskutierte Thema „Frauen und Karriere“ und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf der Tagesordnung. Unter der Überschrift „Frauen kommen – und wohin geht die Macht?“ sollen sie einmal aus anderem Blickwinkel beleuchtet werden.

Der Soziologe und Publizist Reinhard Kreissl hat in seinem Buch mit dem vielsagenden Titel „Die ewige Zweite“ akribisch nachgewiesen, dass überall dort, wo Frauen verantwortliche Funktionen übernehmen, Macht und Ansehen schwinden. Das ist so in der Politik, in den Medien und in den Hochschulen. Provokant gesagt: Frauen entwerten durch ihre bloße Anwesenheit – Ämter, Berufe, Funktionen. Am Freitag wird Reinhard Kreissl das Einführungsreferat halten.

Das Seminar versucht anschließend, unter der Fragestellung „Europäische Frauenpolitik – Fortschritt, Rückschritt, Stillstand?“ die Situation in Europa überblicken – mit dem Musterbeispiel Norwegen auf der einen und unserem Nach-

barland Polen auf der anderen Seite, das bisher nicht alle EU-Gleichstellungsrichtlinien umgesetzt hat. Den musikalischen Ausklang des Tages liefert die australische Sängerin Kim Eunice.

Persönlich

*Ich möchte an Sie appellieren, möglichst zahlreich an dem Seminar „Frauen kommen – und wohin geht die Macht?“ teilzunehmen, das der LFR Berlin zusammen mit der Evangelischen Akademie zu Berlin am 30. Juni und 1. Juli auf Schwanenwerder veranstaltet. Es wird sicherlich sehr spannend, ausgewiesene Expertinnen und Experten garantieren interessante Diskussionsrunden. Denken Sie immer daran: **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!***

*Herzlichst Ihre
Juliane von Friesen*

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Stellenwert der Frauen in der evangelischen Kirche sein. Unter dem Motto „Notnagel oder Gewinn?“ diskutieren die Pfarrerin Dr. Erika Godel, Pröpstin Friederike

von Kirchbach und Rolf Jalass, der mit einer Pfarrerin verheiratet ist, am Sonnabendvormittag. Um den vermeintlich sicheren Karriereweg in technischen Berufen soll es im Anschluss bei der mit Staatssekretärin Susanne Ahlers, Dr. Ursula Engelen-Kefer (angefragt), Prof. Dr. Brigitte Steiler-Lorenz (CORE Business Development) und Heidemarie Wüst (Frauenbeauftragte der TFH Berlin) hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion gehen. Erwartungen der jungen Führungsgeneration formuliert die EWMD-Vorstandsfrau Anja Sattler. Diversity als mögliches Modell für die Zukunft beschreibt abschließend Dr. Birgitte Lammers (Egon Zehnder International).

Die Seminarteilnahme kostet mit Übernachtung 40 Euro (ermäßigt 30 Euro), ohne Übernachtung 30 Euro (ermäßigt 20 Euro). Der Beitrag ist zum Tagungsbeginn zu zahlen. Anmeldungen sind schriftlich, per Fax oder Email mit der Anmeldekarte möglich, die der Tagungseinladung beiliegt. Diese Einladung kann über den LandesFrauenRat Berlin per Email an lfr-berlin@t-online.de, telefonisch unter 030/785 70 10 oder direkt in der LFR-Geschäftsstelle bezogen werden. Die Anmeldefrist endet am 23. Juni. (sbr)

Wahlforum: Welchen Segen versprechen die Parteien?

♦ Am 17. September 2006 werden in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus und zwölf Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Bei einem Wahlforum am 21. August um 18 Uhr möchte der LandesFrauenRat Berlin Bilanz ziehen und den Ausblick wagen: Was versprechen die Wahlprogramme der Parteien speziell den Berlinerinnen? Wie wollen sie die Gleichstellung von Frauen und Männer vorantreiben? Wie Gender Mainstreaming weiter mit Leben füllen?

Welche anderen Konzepte haben sie entwickelt? Was wissen sie mit „Diversity“ anzufangen? Was haben sie zu Frauengesundheit, Migrantinnen und gleichen Chancen von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft zu sagen? Wie wollen sie ein weiteres Ausdünnen der Bezirkshaushalte verhindern, das oft zu Lasten von Frauen und Familien geht?

Eingeladen sind Frauenpolitikerinnen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Bis Redaktions-

schluss hatten Evrim Baba (Linkspartei.PDS) und Mieke Senftleben (FDP), beide frauenpolitische Sprecherinnen ihrer Fraktion, die Teilnahme zugesagt.

LFR-Mitgliedsverbände und Delegierte können bereits im Vorfeld der Veranstaltung ihre Fragen per Mail oder Post an die Geschäftsstelle senden. Diese Fragen werden dann bei der inhaltlichen Vorbereitung und Strukturierung einbezogen. Die Einladung zum Wahlforum erfolgt Anfang August.



Fördergesetz für Privatwirtschaft überfällig

BAG bewertet Bilanz der Vereinbarung von Bund und Wirtschaft

♦ Ein Frauenfördergesetz für die Privatwirtschaft ist längst überfällig. Da ist sich nicht nur das Sprecherinnengremium der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen sicher, das bei seiner Tagung im März die Zweite Bilanz der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft bewertet hat.

„Diese Bilanz fällt wie erwartet sehr dürrig aus. Gesetzliche Regelungen zur Frauenförderung wären eigentlich schon 2003 fällig gewesen“, so die Bundessprecherinnen. Die Vereinbarung mit der Wirtschaft war 2001 mit der Maßgabe geschlossen worden, dass die Wirtschaft von sich aus frauenfördernde Maßnahmen ergreift, um die Beschäftigungs- und Aufstiegssituation von Frauen zu verbessern. „Einige Unternehmen ha-

ben den Nutzen von Frauenförderung und Diversity Management bereits erkannt: Betriebliche Frauenförderung bringt Großbetrieben und mittelständischen Unternehmen erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Auditierungen zur Familienfreundlichkeit, zum Beispiel über die Hertiestiftung haben mittelbar und langfristig positive Effekte“, wissen die Frauenbüros. Positive Veränderungen, die dargestellten Maßnahmen und Beispiele begrüßen sie. „Allerdings ist festzustellen, dass viele dieser Aktivitäten nur mit öffentlicher Unterstützung und Förderung in Gang gekommen sind. Freiwillige Frauenfördermaßnahmen in Unternehmen sind nur in Einzelfällen erkennbar, als vorbildlich wird die Landeshauptstadt München angeführt – eindeutig kein Privatunternehmen“, so der Kommentar. Die BAG-Sprecherinnen stellen richtig fest, dass Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie fast ausschließlich Aufgabe der Kom-

munen bleiben und sich die Wirtschaft kaum daran beteiligt. „Man könnte meinen, die Bundesregierung bemühe sich, mit Steuergeldern die Bilanz zu schönen, um auf diese Weise um die Notwendigkeit eines Gesetzes herumzukommen“, mutmaßen die Sprecherinnen.

„Zum diesjährigen Internationalen Frauentag wurde in vielfältigen Beiträgen das Fehlen von Frauen in Führungspositionen beklagt. Frauen erwarten, dass die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung stellt und eigene Aktivitäten zur Frauenförderung in den Betrieben entwickelt“, betonen sie, und Sprecherin Christel Steylaers unterstreicht: „Hier ist unternehmerisches Handeln gefordert,“ so. Nur dann könnten sich flächendeckend geschlechtergerechte Strukturen und Erwerbs- und Aufstiegsmöglichkeiten entwickeln. „Die Bundesregierung ist aufgerufen, diese Verantwortung bei der Wirtschaft einzufordern – auch per Gesetz“, heißt es abschließend. (sbr)

Mammografie: Frauen brauchen mehr Aufklärung

♦ Bis 2007 soll die Röntgenreihenuntersuchung zur Brustkrebsfrüherkennung für Frauen zwischen 50 und 69 Jahren bundesweit eingeführt sein. Mit ihrem 2002 beschlossenen Gesetz hofft die Bundesregierung, eine gesicherte Qualität der Früherkennungs-Mammografie einzuführen. Der Bundesverband der Frauengesundheitszentren (FGZ) hat bei seiner Tagung „Die Einführung des Mammografie-Screenings und der Beitrag der Frauengesundheits-einrichtungen zwischen Kritik und Unterstützung“ Mitte Mai die neuesten Ergebnisse zum Screening diskutiert. „Die Aufklärung im Screening-Programm gibt kaum Aufschluss über die Verbesserung der persönlichen Überlebenschancen einer einzelnen Frau durch die

Früherkennungsmammografie. Die verbreitete Aussage, das die Sterblichkeitsrate um 25 Prozent gesenkt werden könne, ist irreführend“, meinen die Expertinnen. Denn in absoluten Zahlen ausgedrückt bedeute dies, dass nicht sechs, sondern acht von 1000 Frauen in zehn Jahren einen Überlebensvorteil haben. 992 Frauen hätten demnach keinen persönlichen Nutzen. „Bei der Aufklärung mangelt es an Informationen über die Probleme mit der Mammografie. Falsch-negative Befunde führen zu einer falschen Beruhigung, während falsch-positive Befunde Fehllarm und Folgetherapien nach sich ziehen“, kritisiert der Bundesverband. „Die sozialen und finanziellen Folgen für Frauen bei einem abzuklärenden Befund sind

nicht zu unterschätzen, werden allerdings nicht thematisiert.“ Auch sei ein Trend zur Überdiagnose auszumachen: Durch die verbesserte Technik werden verstärkt Krebsvorstufen und Brusttumore entdeckt, die das Leben der Frau vermutlich nie bedroht hätten.

Die FGZ kommen zu dem Schluss, dass das Screening-Programm die Bedürfnisse der Frauen nicht genügend berücksichtigt. „Es bedarf ausführlicher und unabhängiger Informationen, aufgrund derer die einzelne Frau ihren persönlichen Nutzen abschätzen und eine informierte Entscheidung über die Frage der Teilnahme am Screening treffen kann“, heißt es. Hilfreich wären Runde Tische in den Kommunen, um diesen Prozess zu begleiten. (sbr)

Gewaltschutzgesetz ist großer Fortschritt

Kleine Anfrage: Senat plädiert für „Stalking“-Straftatbestand

♦ „Das Gewaltschutzgesetz ist ein großer Fortschritt für Betroffene zum Schutz vor weiteren Gewalthandlungen und Nachstellungen. Es erfordert allerdings die Initiative der Betroffenen in Form der Antragstellung beim jeweils zuständigen Amtsgericht für Zivilsachen“, heißt es in der Antwort des Berliner Senats auf eine kleine Anfrage der Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, Dr. Sibyll-Anka Klotz, vom 15. März. Das Gericht habe ausreichenden Spielraum, um auf häusliche Gewalt zu reagieren und die verletzte Person zu schützen. Die Möglichkeit, dem Opfer die gemeinsam genutzte Wohnung zu überlassen, sei eine weitere wirksame Schutzmöglichkeit. „Auch die Instrumente zur Durchsetzung der Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz sind als ausreichend zu bewerten“, heißt es in der von Innensenator Dr. Ehrhart Körting (SPD) ausgefertigten Stellungnahme. „Die meisten Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz werden im

Eilverfahren und in dessen Rahmen per Beschluss erlassen und können dem Antragsgegner bereits wenige Stunden nach Antragstellung zugestellt werden.“

Aus der Antwort geht hervor, dass bei der Berliner Polizei Koordinatorinnen für häusliche Gewalt mit einem Multiplikatorennetz in den 44 Polizeabschnitten sowie Opferschutzbeauftragte in den sechs Polizeidirektionen und beim Landeskriminalamt eingerichtet sind. Die Polizei weise Betroffene auf die Angebote der Hotline der Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen (BIG) hin, mit der sie zusammenarbeitet. Die Beauftragten vermitteln Opfern von häuslicher Gewalt und Nachstellungen (Stalking), zeitnah professionelle Hilfe. Die Einrichtung eines Stalking-Beauftragten wie in Bremen lehnt die Berliner Polizei ab. Das Netz aus Koordinatorinnen für häusliche Gewalt, Opferschutzbeauftragten und Präventionsbeauftragten (in allen Polizeabschnitten) sowie die Koordination des Arbeitsbereichs in der Zentralstelle für Prävention

beim Landeskriminalamt seinen ausreichende Instrumentarien. Seit Januar 2005 arbeite zudem ein „Qualitätszirkel Stalking“. Auf seine Anregung hin soll Stalking durch besondere Merker im Polizeilichen Landessystem zur Informationskommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfasst werden, um das Ausmaß zu ermitteln und dann entsprechende Maßnahmen ableiten zu können. Insbesondere im Fall einer Trennung ehemaliger Lebenspartner könne es „zu häuslicher Gewalt in Form von nachhaltigen Belästigungen und Nachstellungen kommen“, führt der Senat aus. Um zu einem effektiveren Schutz beizutragen, hält er die Aufnahme eines entsprechenden Straftatbestandes in das Strafgesetzbuch für erforderlich. Zudem müsse eine stärkere Fokussierung auf Betroffene häuslicher Gewalt mit Migrationshintergrund erfolgen. Bei der Auswertung der Tötungsdelikte in Paarbeziehungen habe sich gezeigt, dass fast die Hälfte der Täter nichtdeutscher Herkunft sei. (sbr)

Neue Rahmenbedingungen für Familien

♦ Familien brauchen neue Rahmenbedingungen, um Erwerbs- und die Familienarbeit in Einklang bringen zu können. So lautet knapp zusammengefasst das Ergebnis des 7. Familienberichts, den eine Sachverständigenkommission unter Leitung von Prof. Dr. Hans Bertram im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Titel „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ vorlegte. Familienpolitik müsse sich mehr an den Wünschen und Lebensrealitäten der Menschen orientieren, so die Experten. Die Empfehlungen der Kommission umfas-

sen eine finanzielle Unterstützung insbesondere in den ersten Monaten nach der Geburt, gezielte Betreuungs- und Dienstleistungsangebote sowie flexible und familiengerechte Arbeitsbedingungen, die den Faktor Zeit positiv beeinflussen können.

Die Bundesregierung sieht ihre Familienpolitik durch den Bericht bestätigt. „Der Schlüssel zu einer erfolgreicher Familienpolitik ist, dass wir es den Frauen und Männern leichter machen, Kinder zu haben und ihre Fähigkeiten im Beruf zu entfalten. Familien brauchen Einkommen, Zeit für ihre Kinder im Berufsalltag und gute Betreuungs- und Bildungsangebote. Der 7. Familienbericht bestärkt uns darin,

den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“, so Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). In ihrer Stellungnahme von Ende April hebt die Bundesregierung hervor, dass die Weiterentwicklung des Erziehungsgeldes zu einem einjährigen Elterngeld als Einkommensersatz zu den wichtigsten familienpolitischen Vorhaben zähle. Das geplante Elterngeld, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und haushaltsnahen Dienstleistungen sollen Deutschland kinderfreundlicher machen. Infos unter www.bmfsfj.de und www.deutschland-wird-kinderfreundlich.de im Internet. (sbr)

Neuer Name gleicher Inhalt

Koalition einigte sich auf Gleichbehandlungsgesetz

♦ Eins zu eins hatten CDU und CSU die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien umsetzen wollen und deshalb den schon damals längst überfälligen rot-grünen Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) im vergangenen Jahr abgelehnt. Im Koalitionsausschuss von SPD und Union ist aus dem ADG am Maifeiertag das AGG geworden, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Das allerdings geht wie von der Vorgängerregierung beabsichtigt über eine Eins-zu-eins-Umsetzung hinaus und schließt neben dem europarechtlich verpflichtenden Schutz vor Diskriminierung wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft und des Geschlechts auch Schutz bei Ausgrenzung aufgrund der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität mit ein.

„Die Koalition hat in dieser schwierigen und ideologisch aufgeladenen Frage einen sachgerechten Kompromiss gefunden. Bürgerinnen und Bürger werden sich künftig besser gegen Diskriminierung wehren können“, erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD). In den Koalitionsverhandlungen nach der vorgezogenen Neuwahl im September 2005 war das Thema vorhersehbar umstritten gewesen. Für den Koalitionsvertrag war eine Formulierung gewählt worden, die das weitere Vorgehen offen ließ. „Die Koalitionspartner haben unterstrichen, dass die EU-Gleichbehandlungsrichtlinien umgesetzt werden müssen. Es gibt keine Festlegung, dass dies ohne inhaltliche Erweiterung der Vorgaben aus Brüssel geschehen muss“, hieß es im November 2005 aus dem Justizministerium. So ist Ministerin Zypries jetzt auch „ausgesprochen froh, dass es uns gelungen ist, den Koalitionspartner zu überzeugen, für den Bereich der Massengeschäfte und Privatversicherungen nicht nur die euro-

parechtlich verpflichtend vorgegebenen Merkmale Rasse, ethnische Herkunft und Geschlecht in den zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz aufzunehmen, sondern auch Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Denn bei solchen Geschäften, bei denen es dem Anbieter regelmäßig egal ist, mit wem er einen Vertrag schließt – wie beispielsweise beim Kauf eines T-Shirts im Kaufhaus – ist es besonders demütigend, wenn jemand wegen der genannten Merkmale diskriminiert wird“. Die Erweiterung wird mit Art. 13 des EG-Vertrags begründet, der diesen Katalog der Diskriminierungsmerkmale berücksichtigt, um Benachteiligungen in Beschäftigung und Beruf wirksam begegnen zu können.

Deutschland ist verpflichtet, mittlerweile vier EU-Richtlinien umzusetzen, die den Schutz vor Diskriminierung regeln. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich von Beschäftigung und Beruf. Betroffen ist aber auch das Zivilrecht, also Rechtsbezie-

hungen zwischen Privatpersonen wie insbesondere Verträge mit Lieferanten, Dienstleistern oder Vermietern. „Die aus Wirtschaftskreisen geäußerten Sorgen, die Regelungen könnten zu Klagewellen führen, halte ich für unbegründet, wenn man die Erfahrungen aus unseren europäischen Nachbarländern zu Grunde legt“, betonte die Bundesjustizministerin. „Die weit überwiegende Zahl unserer Bürgerinnen und Bürger wird im täglichen Leben nicht diskriminiert. Gleichzeitig kann man die Augen nicht vor der Realität verschließen. Der Staat kann Toleranz im Umgang miteinander zwar nicht verordnen, aber durch seine Rechtsordnung deutlich machen, was gesellschaftlich missbilligt wird“, sagte Zypries.

Der AGG-Entwurf ist bereits in die parlamentarischen Beratungen eingebracht, so dass das Gesetzgebungsverfahren noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden kann. Internet-Info unter www.bmj.bund.de. (sbr)

Unterhaltsrecht reformiert

Das Bundeskabinett hat die Reform des Unterhaltsrechts beschlossen. „Dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt zu einer modernen Familienpolitik. Kinder sind bei einer Trennung ihrer Eltern besonders schutzbedürftig, deshalb stellen wir ihr Wohl an die erste Stelle“, erläuterte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) dazu. Im Klartext bedeutet dies: „Ist nicht genügend Geld für alle Unterhaltsberechtigten vorhanden, sollen die Kinder Vorrang vor allen anderen haben.“ Kinder erhalten künftig den ersten Rang unter den Unterhaltsgläubigern, im zweiten stehen alle Väter und Mütter, die Kinder betreuen, und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht. Darüber hinaus soll die nachehe-

heliche Eigenverantwortung gestärkt werden. „Angesichts der hohen Scheidungsquote – insbesondere von kurzen Ehen – müssen Geschiedene eine zweite Chance haben, eine Familie zu gründen und damit auch zu finanzieren. Schließlich zeigen die vielen Patchwork-Familien, dass sich die Lebenswirklichkeit geändert hat. Deshalb werden wir den Gerichten mehr Möglichkeiten geben, Unterhaltsansprüche für geschiedene Ehegatten zu befristen und zu begrenzen“, so Zypries. Der bereits im Mai 2005 vorgestellte Referentenentwurf wurde mit Ländern und Verbänden überarbeitet. Basierend auf einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs wird auch die Verrechnung des Kindergelds vereinfacht.

20 Jahre Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Jubiläumsfeier mit Christine Bergmann

♦ Im festlichen Rahmen der Brandenburghalle im Rathaus Schöneberg feierten am 19. Mai die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ihr 20-jähriges Jubiläum gemeinsam mit vielen Mitstreiterinnen aus Politik, Verwaltung, Projekten und Verbänden. Burkhard Kleinert (PDS), Bezirksbürgermeister von Pankow, dankte in einem Grußwort den derzeitigen und ehemaligen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im Namen des Rates der Bürgermeister für ihre engagierte Arbeit. Christine Bergmann, frühere SPD-Bundesministerin und Frauen senatorin in Berlin, hielt die Laudatio. Darin stellte sie die Einrichtung der kommunalen Frauenbeauftragten in den Zusammenhang der langen Kämpfe der Frauen für ihre Rechte und tatsächliche Gleichstellung. Frauen sollten überall da, wo sie ein „Zipfel der Macht“ in

Händen halten, diese für die Interessen der Frauen nutzen, so die SPD-Politikerin. Trotz Rückschlägen und der Mühsamkeit der alltäglichen Auseinandersetzung zog sie eine positive Bilanz der institutionalisierten Frauenpolitik. In einer Talkrunde wurde die 20-jährige Geschichte der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Carola von Braun (FDP), Berliner Landesfrauenbeauftragte der ersten Stunde, erzählte mit Humor aus den Anfängen ihrer Tätigkeit. Auch Renate Bremmert, langjährige Frauenbeauftragte in Neukölln und Dagmar König, ihre frühere Kollegin aus Wilmersdorf, erinnerten sich an die Zeit, als der Feminismus in den Rathäusern Einzug hielt und die ersten Schritte mit Mißtrauen beäugt wurden. Sabine Bohle gehörte zu den Frauen, die

sich seinerzeit in der Westberliner Frauenbewegung für die Einrichtung kommunaler Frauenbeauftragte stark machten. Sie erinnerte an die weitreichenden Forderungen und Erwartungen und die entsprechende Kritik, die die eingeschränkte Praxis der ersten Jahre hervorrief. Aber auch sie zog im Rückblick eine positive Bilanz und verwies unter anderem darauf, wie die Frauenbeauftragten durch ihre Arbeit Kontinuität geschaffen und Verwaltung und Politik für Frauenforderungen geöffnet hätten.

Kirsten Gurske und Astrid Landero berichteten aus der Zeit der Runden Tische in den Ostberliner Bezirken, denen die Gleichstellungsbeauftragten dort ihre Einstellung verdanken, der Stimmung der Frauen zwischen Aufbruch, aber auch Verteidigung von frauenpolitischen Errungenschaften und den

Weiter auf Seite 15

LAG-Forderungen an die Politik

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten von Berlin erklären anlässlich des Jubiläums „20 Jahre bezirkliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Berlin“ am 19. Mai 2006:

Berlin – Stadt der Frauen bedeutet überparteiliches Engagement vieler Akteurinnen: frauenpolitisch engagierte Frauen in Parteien und in Institutionen, bewegte Frauen in Vereinen, Verbänden und Projekten, Frauen, die Arbeitsplätze schaffen, die vielfältige Angebote für Frauen sichern, immer wieder neu erkämpfen, Frauen die sich parteiisch für von Gewalt und Diskriminierung betroffene Frauen einsetzen...

Im September 2006 sind in Berlin Wahlen. Wir fordern vom zukünftigen Berliner Senat ein Regierungsprogramm, in dem Frauen- und Gleichstellungspolitik einen zentralen Stellenwert in allen

Politikbereichen einnimmt. Dies muss sich in klaren Zielen und einem gleichstellungspolitischen Controlling niederschlagen. Die politischen und wirtschaftlichen Potenziale Berlins sind geeignet, mehr Innovation in der Gleichstellungspolitik zu wagen.

Deshalb fordern wir eine frauen- und gendergerechte Gestaltung aller Politikfelder und insbesondere:

⇒ *Eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die Frauen eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht*

⇒ *Flächendeckende und flexible Kinderbetreuungseinrichtungen als Bildungsangebot für alle Kinder, Gebührenfreiheit für alle Kindertagesstätten*

⇒ *Programme, die Männer konsequent in die Verantwortung für Partnerschaft, Familie und Gleichberechtigung nehmen*

⇒ *Verbesserte Wege in aussichtsreiche Berufe für junge Frauen*

⇒ *Erhalt und Weiterentwicklung der Antigewaltarbeit*

⇒ *Effektive Maßnahmen zur Umsetzung des Artikels 16 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Eheentschlussfreiheit und Schutz vor Zwangsheirat*

⇒ *Herstellung von Chancengleichheit für Migrantinnen in Bildung und Beruf*

⇒ *Finanzielle Absicherung der Frauenprojekteinfrastruktur*

⇒ *Strukturelle und inhaltliche Verbindung von Gender Mainstreaming und Frauenpolitik*

⇒ *Geschlechtsparitätische Besetzung aller politischen und öffentlich-rechtlichen Gremien*

⇒ *Umsetzung der Gleichstellungsverpflichtung bei öffentlicher Auftragsvergabe und staatlicher Leistungsgewährung*

Eine Standortbestimmung

Erfolgreich – zwischen allen Stühlen... Die 20 Jahre Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Berliner Bezirksämtern sind mit diesem Motto präzise charakterisiert.

Die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros entstanden bundesweit, so auch in Berlin, auf politischen Druck von außen. Voraus ging ein langer, kontrovers geführter Diskussionsprozess darüber, ob Frauenpolitik Institutionen braucht, ob sie selbst Institution werden soll. Marginalisierung und Vereinnahmung befürchteten die einen, Einflussmöglichkeiten und Veränderungspotential sahen die anderen voraus.

Frauen der autonomen Bewegung sowie Frauen in Verbänden und Parteien setzten die Forderung letztlich gemeinsam durch, Frauenbüros einzurichten. Vor nunmehr 20 Jahren nahm im Bezirksamt Kreuzberg die erste Frauenbeauftragte ihre Arbeit auf, Neukölln folgte noch im gleichen Jahr. Bis 1987 gab es in allen West-Berliner Bezirksämtern eine Frauenbeauftragte. In Schöneberg wurde sogar ein Amt für Frauen eingerichtet. Im Sommer 1990 wurden auf der Grundlage der Kommunalverfassung bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt, wie es ostdeutsche Frauen vor allem an den Runden Tischen forderten.

Erfolgreich – zwischen allen Stühlen? Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, eingebunden in eine Institution, versuchen den Anforderungen einer außerinstitutionellen Frauenpolitik gerecht zu werden. Ein Widerspruch in sich. Im Grunde genommen sitzen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zwischen drei Stühlen: Verwaltung – Frauen – Politik.

Als Institution der Verwaltung mühen sich die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten derzeit die erlahmende Frauenpolitik vor Ort am Laufen zu halten und kommunale Netze zu spinnen. Wenn sie ihren Auftrag im Sinne der Verwaltung erfüllen, werden sie den Unmut in der bezirklichen Frauenszene hervorrufen (z.B. über gekürzte Zuwendungen für Frauenprojekte). Agieren sie im Interesse der Frauenszene riskieren sie zugleich den Streit innerhalb der Verwaltung. Sie sind ständig ins tagesspolitische Geschehen einbezogen, ohne ein politisches Mandat zu haben. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte – einst auf politischen Druck von außen institutionalisiert – sind heute mehr denn je auf Druck von außen angewiesen. Der aber ist kurzfristig nicht zu haben, weil das Engagement für Fraueninteressen für viele eben eine erwartbare Leistung der Institution geworden ist. Soweit zur

Selbstwahrnehmung – zwischen allen Stühlen.

Und wie ist es mit der Fremdwahrnehmung, mit der Außenansicht der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten? „Kummerkasten“ für Frauen mit vorrangig sozialarbeiterischem Tätigkeitsprofil – das ist die häufige Funktionszuschreibung innerhalb der Verwaltung. Amazone oder auch Verwaltungspartisanin, die Missstände skandalisiert – das die Forderung feministischer Politikerinnen. Frauen- und Gleichstellungsbüros sind ein Mix aus Beratungsstelle, Infothek und Veranstaltungsagentur. So jedenfalls ist die Erwartungshaltung vieler Bürgerinnen.

Fürsorglichkeit, Entertainment und Feminismus? Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) regelt seit 1998 eindeutig: die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist eine Managementaufgabe auf der Führungsebene der Bezirksverwaltung. Diesem Anspruch können Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nur gerecht werden als Teil eines Netzes von Kooperationsbeziehungen mit vielen Mitstreitenden innerhalb der Verwaltung, im Bezirk und weit darüber hinaus. All denen gilt unser ganz besonderer Dank.

Regina Schmidt,
Heike Gerstenberger

Weiter von Seite 14

Schwierigkeiten der Annäherung auch unter den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Kerstin Drobick betonte, dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung sei und daraus die Verpflichtung zum Handeln für den Staat erwachse. Dagmar Birkelbach beschrieb die Erfahrung zwischen Erfolgen und Rückschritten und betonte die Notwendigkeit, aus der Erfahrung der Arbeit in den Bezirken Anforderungen an die Landespolitik zu stellen.

Harald Wolf (PDS), Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, be-

dankte sich für das Engagement der Frauenbeauftragten und verwies auf erfolgreiche gemeinsame Aktivitäten wie die Kampagne „Gewalt kommt nicht in die Tüte“. Er stellte die Bedeutung der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen als Basis für ein gleichberechtigtes Leben heraus und verwies darauf, dass gerade die aktuelle Arbeitsmarktpolitik dieser Maxime Rechnung tragen müsse. Eine Beamer-Show ließ noch einmal 20 Jahre Einsatz für Fraueninteressen in den zunächst 23, später zwölf Bezirken Revue passieren: Alte Gesichter, Erinnerung

an zahlreiche Aktionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen – eine schöne Möglichkeit, sich zu erinnern, aber auch die Vielfalt der Aktivitäten und der frauenpolitischen Handlungsfelder deutlich werden zu lassen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hatte ihre Jubiläumsfeier unter das Motto „Erfolgreich – zwischen allen Stühlen“ gestellt. Eine Charakterisierung, die sicher auch die nächsten Jahre gültig bleibt.

Dagmar Birkelbach

Gründung vor 110 Jahren

♦ Am 18. Mai feierte der Verband Frau und Kultur e.V. sein 110-jähriges Bestehen. Dazu lud die Gruppe Berlin in den Salon „Berlin-Ge-flüster“ in den Grunewald ein. Nach einer gemütlichen Kaffeestunde mit Livemusik am Piano von der „Kleinen Oper Zehlendorf“ begrüßte die 1. Vorsitzende Alheidis Prelinger die Gäste. Anschließend las Claudia von Gélieu aus ihrem Buch „Kurfürstin-Köchin-Karrierefrau“ und stellte die „ungekrönte Königin“ Katharina von Oheimb-Kardorff vor. Die Glückwünsche des LandesFrauenRates überbrachte die stellvertretende Vorsitzende Marlies Brouwers.

Frauenpower in Afrika

♦ Überall in Afrika wächst vor dem Hintergrund der traditionellen Gesellschaft ein fortschrittlich regiertes „neues Afrika“, in dem Frauen rechtlich stark gefördert werden. So trifft man zum Beispiel in und um die Hauptstädte immer öfter mutige Frauen, die ihre Belange selbst in die Hand nehmen. Allein-erziehende Mütter organisieren Interessengruppen, übernehmen politische Ämter oder lassen den wirtschaftlichen Sektor aufleben. Mit dieser Aufbruchstimmung beschäftigt sich ein Wochenendseminar, zu dem der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband vom 16. bis 18. Juni nach Schloss Schney im Frankenwald einlädt. Unter der Überschrift „Frauenpower in Afrika – Frauen in Afrika auf dem Weg zu Macht und Stärke“ werden Schritte zu weiteren verbesserten Bedingungen für Frauen in Afrika besprochen. Referentin ist Dr. Cecilia Heidenreich-Nganda aus Uganda, die Dozentin an der Makerere Universität in Kampala und zur Zeit an der Universität Bayreuth tätig ist.

Weitere Infos und Anmeldung über den Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband e.V., Tempelhofer Damm 4 in 12101 Berlin, Telefon: 030/785 89 27.

Bravouröse Künast-Rede beim DJB

♦ Am 29. Mai fand im Liebermann-Haus am Pariser Platz gleich neben dem Brandenburger Tor der traditionelle Sommerempfang des Deutschen Juristinnenbundes (DJB) Berlin statt. Die Vorsitzende der ständig wachsenden und sich dabei auffallend verjüngenden Landesgruppe Berlin, Rechtsanwältin Dr. Jutta Glock, begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und Ehrengäste, unter Letzteren auch einige Herren. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Renate Künast, hielt einen hoch emotionalen und dabei sehr vergnüglichen Vortrag, in dem sie das Erfordernis einer neuen Frauenpolitik postulierte und die Bausteine exakt benannte. Die Rede wird – vermutlich in leicht überarbeiteter Fassung – demnächst im Internet nachzulesen sein. Juliane von Friesen, die den LandesFrauenRat Berlin vertrat und als dessen Vorsitzende ausdrücklich von Jutta Glock begrüßt wurde, empfiehlt die Lektüre sehr dringlich. Das von Renate Künast „gesprochene Wort“ begeisterte die Zuhörerinnen und Zuhörer derart, dass es schon vor dem stürmischen Schlussapplaus immer wieder zu heftigen Beifallsbekundungen kam, so zum Bei-

spiel als sie forderte, der Gesetzgeber möge dem norwegischen Modell folgen und die Aufsichtsräte auch nach Geschlechtern quotieren. Am Ende klatschte unter anderem die Berliner Bürgermeisterin und Justizsenatorin Karin Schubert (SPD), der nicht zuletzt zu verdanken ist, dass es in Berlin so viele Gerichtspräsidentinnen gibt wie nirgends sonst – die offenbar vollzählig erschienen waren.

Beifall gab es auch vom Präsidenten der Bundesrechtsanwaltskammer Bernhard Dombek, von der Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, Rechtsanwältin Margret Diwell, die mit Ehemann Staatssekretär Lutz Diwell gekommen war, und natürlich ihrer Nachfolgerin im Amt, der Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, Rechtsanwältin Jutta Wagner. Nicht mehr in den Genuss der Ausführungen von Renate Künast, aber wohl noch rechtzeitig zum Schlussapplaus kam Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die sich dann aber umso entspannter und ausgiebig mit den Teilnehmerinnen des DJB-Sommerempfangs unterhielt. Eine absolut gelungene Veranstaltung, die schon neugierig macht, was der DJB 2007 zu bieten hat. (JvF)

AsF-Empfang im Zeichen des Fußballs

♦ Auf „einen wunderschönen ASF-Empfang“ blickt die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Berlin, die Bundestagsabgeordnete und LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert zurück. Ganz dem Thema „Fußball“ verpflichtet stellte sich der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) als Hauptredner und Schirmherr der bundesweiten „Abpfiff“-Kampagne gegen die Zwangsprostitution und unterstützte die Forderungen SPD-Frauen im Rahmen der Kampagne. Die „Bösen Mädchen“ unterhielten mit guter Musik und politischen Botschaften, das „Spin-

ning Ballroom Orchestra“ swingte die Gäste schwungvoll durch den Maiabend.

Karten für Bundestagsarena

Beim Quiz „Politik trifft Fußball“ freuten sich Gewinnerinnen über Eintrittskarten für die Bundestagsarena – unter ihnen auch die LFR-Vorsitzende – und das „kleine“ Olympiastadion der adidas world of football am Sonntag, dem 25. Juni. Restkarten für die Veranstaltungen zum Preis von 5,50 Euro können im Wahlkreisbüro von Mechthild Rawert unter 720 13-884 und via Email an mechthild.rawert@wk.bundestag.de bestellt werden.



Hilfe für partnerschaftliches Familienbewusstsein

DF-Stellungnahme zum Elterngeld

♦ Der Deutsche Frauenrat (DF) begrüßt das geplante Gesetz zu Elterngeld und Elternzeit. Zusätzlich fordert die Frauenlobby, dass Eltern parallel Elternzeit und -geld beantragen können und die Betreuung der unter dreijährigen Kinder gesichert ist. Die Regelung für die ALG II-BezieherInnen bewertet der DF hingegen kritisch. Der Referentenentwurf für ein Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) sei eine Chance zur Geschlechtergerechtigkeit in Erwerbsleben und Familie. Der Entwurf sei der „Anfang einer Trendwende hin zu einer Arbeitswelt mit partnerschaftlich und gleichstellungsorientiertem Familienbewusstsein“, so der DF in seiner Stellungnahme vom 26. Mai zum Gesetzentwurf.

Da sich die geplante Förderung auf die ersten 14 Monate nach der Geburt des Kindes konzentriert, werden Frauen aber nur dann zum Wiedereinstieg in den Beruf ermu-

tigt, wenn die tatsächliche Anschlussbetreuung des Kindes für alle Eltern gesichert ist. Daher wiederholt der DF seine Forderung nach einem Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auf Familien ergänzende Bildung und Betreuung in einer Kindertageseinrichtung.

Nach Auffassung des DF muss die partnerschaftliche Orientierung hinsichtlich der Kinderbetreuung aber noch viel stärker gefördert werden. Viele Elternpaare haben den Wunsch, sich während der Elternzeit die Kinderbetreuung zu teilen – bei gleichzeitig reduzierter Erwerbsarbeit. Damit eine solche Option attraktiv wird, muss der Gesetzesentwurf dahin gehend geändert werden, dass parallel Teilzeit arbeitende Mütter und Väter über die bislang geplanten sieben Monate hinaus das Elterngeld entsprechend des ihnen zustehenden Höchstbetrags von 1.800 Euro im Monat in Anspruch

nehmen können. Allein Erziehenden muss der volle Förderanspruch von 14 Monaten gewährt werden und zwar unabhängig davon, ob sie das alleinige Sorgerecht haben oder nicht, so der DF.

Angeichts der Finanzsituation stimmt der Frauenrat der Einkommenskompensation bis maximal 1.800 Euro pro Monat zu. Auch die vorgesehene Aufstockung geringer Einkommen (unter 1.000 Euro) sei sinnvoll und die geplante Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes auf andere einkommensabhängig gezahlte Sozialleistungen begrüßenswert.

Kritisch bewertet der DF, dass sich für ALG II-BezieherInnen – verglichen mit dem noch aktuellen Bundeserziehungsgeldgesetz – der Bezugszeitraum um zehn Monate verkürzt wird.

Die DF-Stellungnahme ist als pdf-Dokument unter www.frauenrat.de zu finden.

Besuch der Weltpräsidentin

♦ Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur ist Mitglied im Weltbund christlich abstinenter Frauen. Die Weltpräsidentin, Sara Ward aus den USA und ihre Sekretärin Margaret Ostenstad (Norwegen) besuchten im Mai gemeinsam Europa. Anlass war das 100jährige-Jubiläum in Finnland. Hier schloss sich eine Reise durch Skandinavien an.

Von Skandinavien flogen die beiden Damen nach Wien und besuchten auf dem Rückweg Deutschland. Wir konnten sie in unseren Geschäftsräumen in Hagen begrüßen und hatten mit zehn Mitgliedern aus verschiedenen Landesverbänden einen interessanten Tag. Ursula Krämer, die Bundesverbandsvorsitzende und Gastgeberin, hatte eine Simultanübersetzerin engagiert, was die

Verständigung um vieles erleichterte. Es wurden anstehende Fragen erläutert und von Anneliese Hormann, Landesverbandsvorsitzende Bremen/Bremerhaven, eine Einladung nach Bremen zu den Wurzeln des Deutschen Frauenbundes ausgesprochen.

Abends reisten die Damen nach Bonn weiter – Sara wollte unbedingt das Beethoven-Haus sehen. Beim anschließenden Berlin-Besuch lernten sie einiges über die ehemals geteilte Stadt bei einer gemeinsamen Sight-Seeing-Tour mit der Landesverbandsvorsitzenden, Anneliese Wolf.

Schon einen Tag später brachen sie nach Oslo auf, um von dort aus Lettland, Litauen und Russland zu besuchen. Ein sehr umfangreiches Programm.

(wolf)

Interne Rekrutierung

♦ Die Führung gemeinnütziger Organisationen in Deutschland wird immer professioneller. Zu diesem Ergebnis kommt die bundesweit erste Studie „Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen“ über Anforderungen an Anwärterinnen und Anwärter für Leitungspositionen auf Vereins- und Verbandsebene. Danach müssen sich Führungskräfte, Männer wie Frauen, zunächst vor allem innerhalb der Organisation beweisen, bevor sie in die oberste Leitungsebene aufsteigen können. Der Studie zufolge greifen Vereine und Verbände bei der Besetzung ihrer Managementposten vor allem auf die Vorteile interner Rekrutierung zurück.

Infos und Ergebnisse der Studie stehen auf der Website www.be-management.org im Internet.

UCW feiert Eröffnung – Offene Tür beim LFR

♦ Seit Wochen fiebern die Bewohnerinnen des Unternehmersinnen- und Gründerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) dem Ereignis entgegen: Am Sonntag, dem 11. Juni, wird das Zentrum mit einem Tag der offenen Tür offiziell eröffnet. Dazu werden um 17 Uhr die Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD), Florian Schöttle vom BBK Kulturwerk und Dieter Ruhnke von der GSE gGmbH erwartet. In der Zeit von 11 bis 22 Uhr können die BesucherInnen das Haus entdecken, mit den Unternehmerinnen, aber auch mit den KünstlerInnen im angrenzenden Atelierhaus ins Gespräch kommen. Der LandesFrauenRat Berlin hat ebenfalls seine Türen geöffnet, lädt zu alkoholfreien Cocktails und Austausch ein. Die LFR-Vorsitzende Juliane

von Friesen steht Interessierten bei einem Gespräch um 11 Uhr im UCW-Konferenzsaal (4. Etage) zu frauenpolitischen Fragen Rede und Antwort.

Mit Start um 11 Uhr können sich die BesucherInnen in ein Gästebuch im Foyer eintragen, im Anschluss an einer Vielzahl von Veranstaltungen im Konferenz- und im Turnsaal (3. Etage) teilnehmen und sich über die Angebote im Haus informieren. Da heißt es „Stress abbauen“ und „Bewegung aus der Ruhe“ im Turnsaal, stehen Vorträge über ein interkulturelles Hospiz und Kundenakquisition auf dem Plan im Konferenzsaal. Pro Arte Vivendi gestaltet den Raum mit der Kunstaustellung „Variationen“ von Zuzana Richter. Speisen und Getränke stehen vor dem Haus zur Auswahl, der Verkaufser-

lös kommt dem UCW zu Gute. Um 17 Uhr ist der offizielle Festakt zur Eröffnung geplant: Im Erdgeschoss ertönt die Fanfare für die Ehrengäste – allen voran Bürgermeisterin Monika Thiemen, die sich persönlich für die Einrichtung des UCW engagiert hatte. Nach den Reden wird vor dem Haus die UCW-Fahne gehisst – so wird das Zentrum symbolisch eröffnet.

Um 21 Uhr steht ein Konzert mit Georgios Papadopoulos auf dem Programm, der klassische griechische Liebeslieder und Balladen von Mikis Theodorakis, Grigorius Bithikotsis und anderen singt. Der Eintritt kostet 12 Euro, zwei davon gehen als Spende an den UCW-Förderverein. Über das Tagesprogramm können sich Interessierte unter www.ucw-berlin.de informieren. (sbr)

Gründerinnenzeit

♦ Die Frauenbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf und das UCW bieten regelmäßig unter dem Motto „Gründerinnenzeit“ Kurzseminare und Workshops für Frauen zum Thema Existenzgründung an. Gründerinnenzeit organisiert Themenabende und Wochenendworkshops zu den Bereichen Gründung, Tools nach der Gründung und Life-Work-Balance und stellt Angebote für Unternehmerinnen und solche, die es werden wollen, vor. Im Anschluss an jede Veranstaltung gibt es bei einem Glas Wein die Gelegenheit zum Austausch und Netzwerken. Infos unter www.gruenderinnenzeit.de im Internet.

UCW-Koordinatorin
Inge Dallmeier
Raum 402
Telefon/Fax:
030/86 31 31 83
Email:
info@ucw-berlin.de

Mädchen-Zukunftstag 2006

♦ Der jährlich Ende April stattfindende Girls' Day, mit dem Mädchen Berufswahlkompetenz für technische und zukunftsorientierte Berufe vermittelt werden, hat 2006 alle Rekorde gebrochen: Mit über 7.000 Veranstaltungen in Unternehmen und Organisationen erreichte der 6. Mädchen-Zukunftstag am 27. April erneut eine Spitzenbeteiligung. Über 120.000 Plätze für Mädchen ab Klasse 5 wurden bereit gestellt, genau 120.190 Mädchen nahmen an den 7.056 Veranstaltungen teil. Auch im UCW waren junge Frauen unterwegs. Hier informierten sich insgesamt 17 Zwölf- bis 17-Jährige unter dem Motto „Ich mache mich selbständig“ über Berufe jenseits der klassischen Frauendomänen.

Schon im Vorfeld mussten zahlreiche Interessentinnen abgewiesen werden. Eine komplette Klasse rauschte entrüstet ab – die Mädchen waren nicht angemeldet. Eingeteilt in altersgerechte Gruppen, beackerten die angemeldeten

Teilnehmerinnen je eine zentrale Frage: Was spricht für die Selbstständigkeit? Was für die Entscheidung, dies in einem Unternehmerinnenzentrum zu tun? Welche Vorbilder hatten die Unternehmerinnen? Welche Ausbildungsvoraussetzungen sind zu erfüllen? Welche Vor- und Nachteile hat die Selbstständigkeit?

Nach zwei Stunden Austausch mit 14 UCW-Frauen, die ihre Türen für die Mädchen geöffnet hatten, dokumentierten sie ihre Ergebnisse auf Pinnwänden, besonders gelungene Dokumentationen wurden mit Preisen ausgezeichnet. Der LandesFrauenRat Berlin hat dafür Material wie farbiges Papier, Karteikarten und Magazine für Collagen zur Verfügung gestellt. Nadine, Sara, Patricia, Cathrin und Salomé waren dann die Hauptgewinnerinnen.

Übrigens: 40 Prozent der Schülerinnen, die am Girls' Day in einen technischen Beruf geschnuppert haben, können sich vorstellen, hier eine Ausbildung zu machen. (sbr)

Sexistische Werbung

♦ Ende April/Anfang Mai lies der Telefonanbieter „tele 2“ einen bekannten Schauspieler sagen: „Unsere Flatrat ist noch billiger zu haben als Frau Schmidt aus der Buchhaltung“ – entsprechende Werbeplakate zierte Buswartehäuschen und andere Örtlichkeiten. Wir Verdi-Frauen empfanden diese Werbung als sexistisch und entwürdigend. Von verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppierungen gingen Proteste beim Werberat ein.

Dieser teilte uns nun mit, dass er nichts weiter unternehmen würde: Der Telefonanbieter hatte seine

Werbung zurückgezogen. Spätestens seit der 19. Kalenderwoche steht der Spruch tatsächlich nicht mehr auf der Eingangsseite des Anbieters im Internet.

Übrigens: Wer das Flatrat-Angebot einmal genau besieht, wird feststellen, dass einzig der Werbespruch dieser Firma billig war. Leider entsteht bei uns der Eindruck, dass es wieder mehr sexistische Werbung gibt, gegen die wir uns wehren müssen. Darum für alle Fälle die Beschwerdeadresse des Werberates, der via Email unter werberat@werberat.de zu erreichen ist. (gerstle)

Versicherungen verdienen an Unisex-Tarif

♦ Von Unisex-Tarifen für private Rentenversicherungen profitieren vor allem Versicherungen: Seit Anfang des Jahres fördert der Staat neu abgeschlossene private Rentenversicherungsverträge nur noch, wenn die Versicherung von Frauen und Männern für die gleiche Rentenhöhe gleiche Beträge (Prämien) verlangt. Früher mussten Frauen rund 15 Prozent höhere Tarife für eine gleich hohe Rente bezahlen oder tiefere Renten in Kauf nehmen. Die Versicherungen senkten diesen Unterschied im vergangenen Jahr auf rund neun Prozent.

Unisex-Tarife, die seit Anfang 2006 angeboten werden, haben zu sechs bis acht Prozent höheren Beiträgen für Männer geführt. Das gab der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft bekannt. Die Beitragsreduktionen bei Frauen fielen deutlich geringer aus. Das heißt, dass unter dem Strich die Versicherungen von der Einführung der Unisex-Tarife finanziell profitieren. (aus Frauen-Sicht Nr.2/06 Mai 2006).

Unisex-Tarife gelten übrigens ausschließlich für Versicherungsprodukte der Riester-Rente. (gerstle)

Infos für geschiedene DDR-Frauen

♦ Die Regelung über den Versorgungsausgleich für geschiedene DDR-Frauen wurde im Einigungsvertrag schlicht vergessen. In der Bundesrepublik gilt seit 1977, dass geschiedene Frauen die Hälfte der in der gemeinsamen Zeit erzielten Rentenpunkte des Ex-Mannes erhalten und damit einen eigenen Rentenanspruch. Nach DDR-Recht wurde einer geschiedenen Frau ohne oder mit geringen eigenen Rentenansprüchen eine Mindestrente von 330 Mark garantiert. Das Problem: Frauen, die zwischen 1977 und 1991 in der DDR

geschieden wurden, erhalten heute weder das eine noch das andere. Etwa 300.000 ostdeutsche Frauen bekommen schätzungsweise 100 bis 300 Euro weniger Rente, als ihnen zustehen würde, wären sie nach heutigem Recht geschieden worden.

Der 1999 gegründete „Verein der in der DDR geschiedenen Frauen“ will das nicht hinnehmen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Betroffene unter www.frauenliste-kw.de und unter www.verein-ddr-geschiedener-frauen.de im Internet. (sbr)

Frauenbericht

♦ Der Senat hat im Mai einen Bericht über Bestandsaufnahme und Perspektiven der Berliner Frauenpolitik vorgelegt, der Daten aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bildung und Einkommen sowie Informationen zur Lebenszufriedenheit von Frauen und zur Teilhabe an Politik und Gesellschaft liefert. Eine vergleichbare Studie ist zuletzt vor zehn Jahren vorgelegt worden. Der Frauenbericht ist unter www.berlin.de/sen/frauen abrufbar.

Familienwoche

♦ In diesem Jahr hat die ARD erstmals eine Woche lang ihr Programm unter ein bestimmtes Thema gestellt. Vom 3. bis 9. April hieß es „Krebs – Leben was sonst“ bei der Berichterstattung, bei Dokumentationen und im Bereich Unterhaltung. Zusätzlich wurden von den ARD-Sendern Veranstaltungen mit lokalen Organisationen durchgeführt, so zum Beispiel beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) mit der Berliner Krebsgesellschaft und der Brandenburgischen Krebsgesellschaft. Im Rahmen der RBB-Rundfunkratssitzung am 11. Mai kündigte die Intendantin Dagmar Reim für das Jahr 2007 eine ARD-Themenwoche „Familien und Kinder“ an. Darüber informierte den LFR die Frauenvertreterin im RBB-Rundfunkrat, Friederike von Borstel.

Hebammentag

♦ „Gerade in unserer Zeit, wo in manchen Städten bereits über 80 Prozent der werdenden Mütter als Risikoschwangere eingeordnet werden, ist es wichtiger denn je, Frauen durch Information und individuelle Betreuung Vertrauen in ihren eigenen Körper zu geben“, betonte die Vorsitzende des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD e.V.), die Berlinerin Susanne Schäfer, zum Hebammentag am 5. Mai.

Termine

Auf Frauenspuren

♦ Von der königlichen Namensgeberin zum Frauenzentrum Schokofabrik führt die kostenlose Tour auf den „Frauenspuren in der Luisenstadt“ am 11. Juni, um 15 Uhr. Der einstige Stadtteil trug nicht nur einen Frauennamen, hier wirkten auch die erste Berliner Apothekerin und die erste Arbeitersekretärin Deutschlands, mehr als hundert Jahre vor der Neuen Frauenbewegung haben Frauen ein Krankenhaus, Volksküchen und Frauenclubs betrieben.

Anmeldung in der Schokofabrik unter 615 29 99, mehr Infos unter www.frauentouren.de im Internet.

Deutsch-Kurs für Frauen

♦ Noch freie Plätze hat das Frieda-Frauenzentrum in Friedrichshain für seinen Deutsch-Kurs für Frauen, der am 3. Juli beginnt. Der Kurs dauert sechs Monate, findet immer montags bis freitags von 9 bis 13 Uhr statt und endet mit einem anerkannten Abschlusstest. Kinderbetreuung ist nach Absprache möglich. Zur Anmeldung sind ein gültiger Pass mit Aufenthaltsgenehmigung (außer EU-Bürgerinnen), ein Teilnahmeberechtigungsschein der Ausländerbehörde (falls vorhanden) und der Nachweis des Familieneinkommens mitzubringen.

Mehr Infos beim Frieda-Frauenzentrum, Proskauer Straße 7, Telefon: 29 66 46 90.

LFR-Plenum

am 26. Juni
von 18 bis 20 Uhr

Vorstellung Bürgerstiftung Berlin

Ort: UCW-Konferenzsaal,
Sigmaringer Straße 1,
Wilmerdorf
U-Bahn Blissestraße

Im Juli macht der LFR
Sommerpause

- 13. Juni 19 Uhr**
Lady's Stammtisch – Unternehmerinnen treffen PolitikerInnen
Podiumsdiskussion mit den KandidatenInnen zur Bürgermeisterwahl und den Vorsitzenden der BVV-Ausschüsse von Treptow-Köpenick im Saal im Rathaus Köpenick, Alt Köpenick 21, Moderation: Dr. Marion Duparré (Managementberatung), Beitrag: 10 Euro für Nichtmitglieder. Anmeldung Telefon: 61 72-41 33, Fax: -44 76, GroLadiesstammtisch@gmx.de
- 14. Juni 19 Uhr**
Stammtisch des Deutschen Akademikerinnenbundes Berlin
in der Weingalerie NÖ, Glinkastraße 23, Mitte, Anmeldung bei catrin.ebbinghaus@t-online.de, Telefon: 893 32 54.
19 bis 21 Uhr
Podiumsdiskussion „Genitalverstümmelung – ein Thema auch in Berlin?“
im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, Mitte, Raum 113.
Es diskutieren: Steffi Jennrich (Terre des femmes), Regina Kalthegener (Rechtsanwältin), Mona Mohamuod Ali (Selbsthilfeverein), Günter Piening (Integrationsbeauftragter Berlin), Heike Rudat (LKA Berlin), Vertreterin der Berliner Ärztekammer (angefragt), Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen. Anmeldung an Email: lidia.perico@gmail.com
- 19. Juni**
Fachkongress Gender Mainstreaming/Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung
kostenfreie Veranstaltung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen im Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, Infos und Anmeldung (bis 15. Juni): www.berlin.de/gendermainstreaming
- 20. Juni 19 Uhr**
Vortrag „Lasern am Auge“
mit Dr. med. Eva-Maria Fabricius. Anmeldung an Email: efabricius.augen@t-online.de oder Telefon: 88 72 26 14. Veranstaltung des Deutschen Akademikerinnenbundes Berlin.
- 29. Juni 10 bis 16.30 Uhr**
„Nutzen der Pflegedokumentation für die Pflege“
Veranstaltung des DBfK für Pflegende in stationären Pflegeeinrichtungen im Alten Rathaus Forum Potsdam, Teilnahmegebühr: 70 Euro, für DBfK-Mitglieder 50 Euro. Anmeldung (bis 14. Juni) bei BDfK, Kreuzstraße 7 in 14482 Potsdam, Telefon: 0331/748 88-3, Fax: -55, Email: bbmv@dbfk.de
- 30. Juni bis 1. Juli**
Seminar „Frauen kommen – und wohin geht die Macht? Weibliche Führungskräfte in Deutschland“
des LandesFrauenRates Berlin mit der Evangelischen Akademie zu Berlin. Info-Telefon: 785 70 10, Email: lfr-berlin@t-online.de